

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Dachlosen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentypsetzerei und Glasereien, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzler, Hölzenseger, Steinhölz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends, Monats- bezugspreis 1,- DM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Ablasses Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Gretebeckerstr. 5-6. Fernspr.: 27 200hoff 7650, 7651, 6240, Postfach, Berlin 68232.

Kontokonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale, Geschäftsangelegen nach Post durch „Westa“, Berlin SW 11.

Eine Tragödie der Verblendungen.

Nachdem die internationalen Wirtschaftsberatungen mit dem Abschluß der Londoner Konferenz vorläufig erledigt sind, verlohnt es sich, festzustellen, was die Reichsregierung mit ihrer Außenpolitik erreicht hat. In der Heimat hat die Regierung, die bekanntlich Wert darauf legt, aus Frontisdaten zu bestehen, versagt. Die Niederlagen in der Heimat hätten sie zur Vorsicht mahnen sollen; denn wenn man nicht einmal dort etwas ausrichten kann, dann ist die Hoffnung, im Ausland etwas zu erreichen, natürlich erst recht gleich Null. Tatsächlich hat die Regierung nun auch außenpolitisch eine Niederlage erlitten.

Wir sind weit davon entfernt, hierüber Genugtuung zu empfinden; die Zeiten sind zu ernst, als daß man über die Niederlage einer der Arbeiterschaft an sich feindselig gesinnten Regierung frohlocken könnte. Das Schicksal der Arbeiterschaft ist mit dem wirtschaftlichen Wohlergehen des Reiches so eng verknüpft, daß wir gern gesehen hätten, wenn den Verhandlungen in Paris und London ein besserer Erfolg beschieden gewesen wäre.

Vergegenwärtigen wir uns, was im letzten Jahre in Deutschland geschehen ist und wie das Ausland darauf reagiert hat. Die Gewährung von Anleihen, stets ein besonders eindrucksvoller Vertrauensbeweis, war bereits erheblich ins Stocken geraten. Das einzige, wozu das Ausland sich bereit fand, war die Ueberlassung sogenannter kurzfristiger Kredite an die deutschen Banken; das aber ist ein Geschäft, das sich aus der Stellung Deutschlands im Weltmarkt ganz zwangsläufig ergibt und mit Vertrauenskundgebungen nichts zu tun hat. Nach der Wahl am 14. September 1930 zeigte sich, daß sogar die kurzfristigen Kredite bedroht waren; das Ausland hat damals unter dem Eindruck der 107 Nazimandate nach Ablauf der Leihfrist eine Milliarde zurückverlangt. Die deutschen Börsen antworteten hierauf mit einem ungeheuerlichen Kurssturz, und da die Börse in den Augen des Kaufmannes immer noch als Barometer gilt, drohte sich schon damals eine Panik auszubreiten. Die außerordentlich bedrohliche Situation, in die wir damals gekommen waren, ist der Regierung und der Reichsbank offenbar überhaupt nicht zum Bewußtsein gekommen.

Von jener Zeit an bis zum heutigen Tage hat die Regierung nichts getan, um eine Wiederholung dieser Vorfälle zu vermeiden. In unbegreiflicher Verblendung ließ sie sogar alles geschehen, was die Kreditwürdigkeit Deutschlands in den Augen seiner Geschäftsfreunde herabsetzen konnte. Der unbegreifliche Optimismus des Reichsfinanzministers bezüglich seines sogenannten Sanierungsprogramms, das unbegrenzte Vertrauen des Kanzlers in die Fähigkeiten der sogenannten Wirtschaftsführer, die falsche Einschätzung der außenpolitischen Lage Deutschlands durch den Reichsaußenminister und die Duldung kriegsbeherrschter Drohungen der Wehrverbände, zum Teil sogar unter aktiver Mitwirkung des sonst beschäftigungslosen Ministers Treppner, spielen dabei die entscheidende Rolle.

Es konnte nur eine Frage der Zeit sein, wann die Regierung die Quittung für ihre Sünden bekommen würde. Monatelang blieb es zunächst ruhig, ja, es schien sogar, als ob die Krise überwunden sei. Seit Mitte Januar bis in den April hinein orakelten die Zeitungen unter Berufung auf die gute Verfassung der Börse von einem neuen Aufschwung; daß um diese Zeit das Sanierungsprogramm bereits bankrott gemacht hatte, weil die Steuern immer schließender eingingen und die Gemeinden unter den Woffahrtsausgaben zu ersticken drohten, wurde geflissentlich überschen. Ebensovienig nahm man in der Öffentlichkeit von anderen bedrohlichen Anzeichen, wie der

Stagnation am Arbeitsmarkt, Kenntnis. So machte man munter einige Monate in Optimismus, in gläubigem Vertrauen darauf, daß unter einer Regierung, die dem Kapitalismus ebenso freundlich wie der Gemeinwirtschaft feindselig gesinnt ist und mit Steuererhöhungen an den Besitz durch Belastung der Massen bereits Proben dieser Gesinnung abgeben hatte, sich die Wirtschaft zum besten wenden müsse.

In diese Stimmung hinein pflagte der Ausbruch der Krise an den amerikanischen Börsen. Es dauerte nicht lange, so zeigte sich, daß die Besserung der Stimmung in Deutschland nur Mache gewesen war; die Kurse an den deutschen Börsen gingen immer weiter zurück, obgleich sich die Banken krampfhaft bemühten, das Kursniveau auf der einmal erreichten Höhe zu halten. Die Bemühungen waren vergeblich, zumal sich die ausländische Spekulation zurückzog und einen erheblichen Teil ihrer Gelder aus Deutschland abrief. Und dann kam der Krach der Oesterreichischen Kreditanstalt. Es läßt sich schwer beschreiben, welche Wirkung dieser Zusammenbruch auf die internationale Bankenwelt hatte; denn mit der Oesterreichischen Kreditanstalt ist der Name Rothschild, der noch immer eine finanzielle Großmacht ist, aufs engste verbunden. Die Folgen für die kreditpolitische Lage der deutschen Banken und damit auch der gesamten deutschen Wirtschaft wären unerheblich gewesen, wenn die ausländischen Banken ihren deutschen Geschäftsfreunden weiterhin hätten Vertrauen schenken können. Das ist der kritische Punkt. In dieser Beziehung machten sich Zweifel geltend, es stellte sich heraus, daß die deutschen Banken in ihrer Kreditgewährung sehr weit gegangen waren, so daß ein erheblicher Teil dieser Kredite als verloren betrachtet werden mußte. Unter diesen Umständen wurde das Ausland ängstlich und forderte seine Guthaben zurück.

Diese Entwicklung läßt sich beinahe bis auf den Tag zurückverfolgen. Sobald sich Mitte Mai herausstellte, daß das weitläufigste bedeutendste Textilunternehmen Deutschlands, die Norddeutsche Wollkammer in Bremen mit 75 Millionen Kapital hoch überschuldet war, begann die Zurückziehung der Kredite bei jener Bank, die an diesem Unternehmen am stärksten interessiert war. Die Faltung des Auslandes wurde noch dadurch bekräftigt, daß die Ueberschulden der Norddeutschen Wollkammer von Anfang an einen Stich ins Kriminelle hatte. Die betroffene Bank, die Darmstädter und Nationalbank, das zweitgrößte Bankinstitut Deutschlands konnte dem Ansturm nicht standhalten. Natürlich wäre es niemals zur Einstellung der Zahlungen gekommen, wenn es sich nur um den Fall Nordwolle gehandelt hätte. Das Ausland sagte sich aber — vermutlich mit Recht —, daß ein solcher Fall ein Beweis für schlechte Handhabung der Kreditpolitik sei und vielleicht noch ähnliche Fälle, wenn auch in kleinerem Ausmaß, aufzukaufen könnten. So bekam die deutsche Bankwelt gerade in der Zeit, in der die Regierung Loblieder auf die deutschen Wirtschaftsführer anstimmte, vom Ausland einen Mißtrauensbeweis nach dem andern.

Es würde zu weit führen, die Folgen auszumalen, die die Zahlungseinstellung der Danabank für die deutsche Wirtschaft hatte. Man begnüge sich mit dem Hinweis, daß die Notverordnungen in den seither verstrichenen drei Wochen nur so hagelten. Dagegen wollen wir nicht darauf verzichten zu betonen, daß maßgebende Wirtschaftskritiker den Standpunkt einnahmen, die Regierung und insbesondere auch die Reichsbank — man entsinne sich, ihr Präsident ist Herr Luder, Führer jenes freßlichen Bundes zur Erneuerung des Reiches — hätten glänzend verjagt.

Man kann nicht sagen, die Kritiker hätten es nachträglich leicht, ihre Meinung über Richtiges und Falsches wiederzugeben, denn es hatte schon in den Wochen vor der Zahlungseinstellung nicht an Stimmen gefehlt, die von der Reichsbank und der Regierung bestimmte Maßnahmen verlangten, die beim Heraufziehen von Währungsgewirkern stets ergriffen werden. Dem Zusammenbruch der Danabank waren nämlich Währungsschwierigkeiten schon vorausgegangen. Die ausländischen Gläubiger der deutschen Banken verlangten ihre Guthaben nämlich nicht in Reichsmark, sondern in ausländischer Währung zurück. Die Folge war, daß die Reichsbank ihre Bestände in ausländischer Währung und Gold von Tag zu Tag zusammenschmelzen sah. Seit Mitte Mai, seit dem Krach bei Nordwolle, hatte diese Entwicklung angehalten. Sie hätte längst zur Katastrophe geführt, wenn nicht am 21. Juni die vermeintliche Rettung in Gestalt des Hoover-Plans erschienen wäre. Die Atempause, die er der Reichsbank gab, wurde aber nicht ausgenutzt; das Reichsbankdirektorium hielt die Schwierigkeiten vielmehr für beseitigt und verhielt sich passiv. Also auch diesem Oremium hat politische Verblendung einen Strich durch die Rechnung gemacht. Uebrigens sind ihm noch zwei weitere schwerwiegende Fehler vorzuwerfen. Gerade die Reichsbank mußte seit Wochen wissen, von wem die Devisenforderungen kamen. Jakob Goldschmidt, der Leiter der Danabank, hat selbst erklärt, drei Viertel aller Kreditabzüge aus Deutschland entfielen auf die Darmstädter Bank. Pflicht der Reichsbank wäre es daher gewesen, sich mit der Situation bei diesem Institut mehr zu beschäftigen. Wenn diese Unterlassungsbüchse aber schon einmal begangen war, hätte man es keinesfalls zur Zahlungseinstellung und damit zu einer Panik kommen lassen dürfen, die die breitesten Schichten der Bevölkerung ergriff, zu dem unsinnigsten Gerede, zur Furcht vor einer neuen Inflation Anlaß gab und die bekannten bedauerlichen Stürme auf die Banken und Sparkassen zur Folge hatte. — Der Hoover-Plan hat nicht allein die Reichsbank verführt, sondern auch die Regierung. Sie konnte in der Tat mit gutem Grund glauben, in dem Augenblick, in dem er von den beteiligten Mächten angenommen sei, aller Sorgen um den Haushalt für dieses Jahr und vielleicht für einige weitere Jahre enthoben zu sein. Sie tat aber nichts, um den Plan Wirklichkeit werden zu lassen. Die Schwierigkeiten lagen allein bei Frankreich. Was aber tat die Regierung, um Frankreich zu gewinnen? Nichts. Sie ließ sogar den herzlich überflüssigen Cavallerietag in Dresden zu, obgleich der wenige Wochen vorher abgehaltene Staatshelmsag in Breslau ihr hinreichend gezeigt hatte, wie verpeuernd solche blöden, lächerlichen Kraftmeiereien im Ausland wirken. Was sie zu dieser Passivität gegen Frankreich bewegen hat, ist nicht zu erkennen. Wenn Frankreich dem Hoover-Plan schließlich doch zugestimmt hat, so lediglich deshalb, weil seine Annahme für Frankreich selbst mit Vorteilen finanzieller Natur verbunden war.

Schon bei den Verhandlungen um den Hoover-Plan hat Frankreich, ohne etwas Bestimmtes zu verlangen, immer wieder betont, daß es von Deutschland eine politische Geste sehen wolle. Bränning aber rührte sich nicht. Die Tatsache, daß Frankreich dem Hoover-Plan schließlich nur zustimmte, weil es wenigstens einen Teil seiner Sonderwünsche durchdrücken konnte, auch selbst Vorteil von ihm hatte, hätte dem Kanzler die Augen öffnen müssen, wie es um die politische Lage bestellt sei. Nichts dergleichen geschah! Die kostbare Zeit, die seit dem Aufkaufen des Hoover-Plans und seiner Annahme verstrichen ist und Deutschland an den Rand der Katastrophe ge-

bracht hat, machte Verhandlungen für einen internationalen Säckungskredit der Reichsbank notwendig. Wiederrum lagen die Schwierigkeiten bei Frankreich, und wiederum leistungsfähige Widerstand. Das Ergebnis ist, daß nur unzulängliche Maßnahmen beschlossen wurden und wir — das ist das Entscheidende — ohne die dringend notwendige Hilfe des Auslandes auskommen müssen. Warum? Weil der Reichsregierung anscheinend am Panzerkreuzer mehr gelegen ist, als an einem belebenden Kredit von einer oder zwei Milliarden, weil sie den Rechtsradikalen nicht weh tun will, und weil sie sich auf die für Deutschland nicht eben lebenswichtige Zollunion mit Oesterreich verweist. Vermutlich glaubte sie, ein Nachwort der Leiter der internationalen Notenbanken würde Frankreich zwingen können. Ein großer Irrtum, denn Frankreich ist wirtschaftlich unangreifbar, es ist einer der größten Gläubiger der Welt, ein Land, das wenig auf Ein- und Ausfuhr angewiesen ist, das reichliche Kapitalüberschüsse produziert und das zu allem Ueberfluß noch bei seiner Notenbank einen Goldschatz liegen hat, der über seine eigenen Bedürfnisse hinausgeht. Frankreich kann sogar auf Grund seiner Gläubigerstellung und seiner Goldreserven politischen Mächten

wie Großbritannien Schereorien machen. Die Regierung hat auch ganz übersehen, daß jede internationale Anleihe eine Sache des Vertrauens ist und die französische Regierung daher ihre Beteiligung von Umständen abhängig machen muß, die es ihr erlauben, die Anleihe vor den französischen Sparern zu verteidigen. Frankreich hat schon einmal, mit Ausland, schlechte Erfahrungen gemacht und dabei Riesensummen verloren; will man es ihm da verdenken, wenn es sein gutes Geld nur gegen Sicherheiten geben will? Und sind die verlangten Sicherheiten, eine politische Gewisse, wie etwa die Einföhrung des Panzerkreuzerbaus, wirklich so schwer zu leisten?

Brüning, der Frontsoldat, der seine Hartnäckigkeit höher einschätzte als die Goldreserven der Bank von Frankreich und das Vertrauen des Auslandes, hat eine Doppelschlacht verloren. Seine Verbündeten waren dieselben Leute, die Deutschland 1914 „siegreich“ ins Unglück geführt haben, das ungeschickliche Besührgertum, die Rechtsradikalen und ihr miseliefer Anhang. Die Last der Niederlage trägt aber wieder einmal die deutsche Arbeiterklasse. Es scheint noch schwerere Prüfungen zu bedürfen, ehe man an den maßgebenden Stellen zur Vernunft kommt.

Die Internationale der Bauunternehmer.

Der deutschen Arbeiterklasse ist seit jeher von den Unternehmern aller Schattierungen als eines ihrer größten Vergehene der Mangel an nationaler Bestimmung vorgekommen worden. Daß sich die Arbeiterklasse schon frühzeitig — internationale Organisationen geschaffen hat, um der kapitalistischen Ausbeutung wirkungsvoller begegnen zu können, hat das „nationale“ Unternehmertum der Arbeiterklasse nie verziehen. Wohl aber sind nunmehr die Unternehmer im Laufe des Jahres zu der Ueberzeugung gekommen, daß es zweckmäßig sei, die Unternehmer zu internationalen Organisationen zusammenzuschließen. Dieser „Erkenntnis“ der immer stärkeren internationalen Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften“, wie es im Organ des Arbeitgeberbundes heißt, haben sich, auch die deutschen Bauunternehmer nicht entziehen können. Schon im Jahre 1929 sind sowohl der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe als auch der Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes dem Internationalen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe (Fédération Internationale du Batiment et des Travaux publics) beigetreten. Im Jahre 1930 waren diese beiden Verbände auf der Tagung der Bauunternehmer-Internationalen in London vertreten, und im Juni dieses Jahres hatten die deutschen Unternehmerverbände die hohe Ehre, den Kongreß ihrer internationalen Organisation in Paris anzugleichen zu können.

Aus den Berichten, die die Zeitschriften der beiden Verbände über die Tagung bringen, ist zu ersehen, daß die Internationalität bei den Bauunternehmern weiter verbreitet ist, als bei den Arbeitern, sind doch Mittelstandsverbände beispielsweise auch vorhanden in Ägypten, Argentinien, Nordamerika und Japan, also in Ländern, in denen sich die Arbeiterklasse noch nicht zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit internationaler Interessenverbände durchgerungen hat.

Nun wäre es — wenn auch unwahrscheinlich — aber doch durchaus denkbar, daß eine internationale Unternehmerorganisation gar keine sichtbare Spitze gegen die Arbeiterklasse hätte. Eine gute Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in der Entwicklung und Verbreitung technischer Fortschritte, die gemeinsame Förderung neuer Baumethoden, die Hebung der Wohnungskultur, eine gemeinsame Erörterung und Lösung fädebaulicher Probleme könnte einer internationalen Bauunternehmerorganisation ein weites Feld fruchtbarer Betätigung zum Wohle der Menschheit bieten. Die Tagesordnung des Berliner Kongresses zeigt aber, daß diese Dinge für die Unternehmer-Internationalen nur geringe Bedeutung besitzen. Denn von den drei Tagesordnungspunkten des Kongresses ist bekanntlich nur einer die Schaffung eines internationalen Ausschusses für wissenschaftliche Forschungen im Baugewerbe. Die beiden anderen Punkte und ihre Behandlung lassen dagegen keinen Zweifel darüber, daß Unternehmer-Internationalen zugleich auch internationale Reaktion bedeutet. Denn Punkt 2 der Tagesordnung betraf die „Etelungnahme der Arbeitgeberklasse des Baugewerbes zur sozialen Frage“. Sie ist international nicht anders, als sie „national“ in Deutschland ist. Ein beliebiger Unternehmer stellte nochmals fest, was die deutschen Unternehmer schon seit jeher behaupten: „Die sozialen Fragen sind untragbar“. Und dann nahm ein Professor aus Wlonskino das Wort zur sozialen Frage. Damit enthielt sich wohlfeil am deutlichsten die Meinung der Unternehmer-Internationalen. „Aber hat das eine kleine Schmach!“ und die Unternehmer aller Länder hegen wohl alle irgendwo in einem Winkel ihres Herzens den mehr oder weniger leichten Wunsch, die soziale Frage nach dem Vorbild des faschistischen Italien gelöst zu sehen.

Auch die Arbeitslosigkeit im Hoch- und Tiefbaugewerbe wurde erörtert; aber nicht in erster Linie, um nach Wegen der Abhilfe zu suchen, sondern beglückwünschend die „natürlichen Schranken“ aufzuzeigen, die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeit entgegenstehen. Herr Dr. Gundmann, der Syndikus des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, durfte diese Schranken dem Kongreß aufzeigen. Wir können bezeugen, daß Herr Dr. Gundmann sehr sündig ist im Aufsuchen und auch im Aufzählen hemmender Schranken, die die weitere Verkürzung der Arbeitszeit verhindern sollen. Wir verstehen deshalb, daß der Kongreß einstimmig zu folgender Entschließung kam: „In der Erwägung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit weder in technischer noch wirtschaftlicher Hinsicht eine Lösung der Arbeitslosenfrage bedeutet, nimmt die Fédération Internationale du Batiment et des Travaux publics den Ausführungen von Herrn Dr. Gundmann zu und unterstützt sie.“

Die Unternehmer haben also national wie international daselbe Rezept. Wenn es um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse geht, sind sie dagegen, bis die Verhältnisse und die Arbeiterorganisationen sie zu Zugeständnissen zwingen. Und wenn sich der Widerstand gegen soziale Fortschritte international besser organisieren läßt als „national“, dann verweigern die Unternehmer alles, was sie der Arbeiterklasse jahrhundertlang zum Vornut gemacht haben, dann vergessen sie allen Nationalismus und reiben sich ein in die Internationale der Reaktion. Auch daraus können die Arbeiter lernen.

Ein Aufruf zur rechten Zeit.

Der Vorstand und die Verwaltungsgorgane der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben am 14. Juli eine Kundgebung beschlossen, die den Schwerindustrialen und sonstigen bescheiden sogenannten Wirtschaftsführern schwer auf die Nerven gefallen ist. In dieser Kundgebung wurde betont, daß die Zusammenbrüche großer Industrie- und Bankunternehmungen den Weg dieser Wirtschaftskrise kennzeichnen. Damit breche auch die Ära von der „marxistischen Wirtschaft“ zusammen, die erfunden wurde, um von den wahren Schuldigen abgulenken: dem kapitalistischen System und seinen Vertretern. Klar und deutlich wurde in der Kundgebung herausgestellt, daß diese bankrotten Bankmaginaten und Industriebezirge keine Marxisten sind. Sie sind vielmehr entschiedene Verfechter der kapitalistischen Privatwirtschaft und Geldgier der antimarxistischen Propaganda. Schon seit Jahren fordere die Sozialdemokratie unermüßlich die Stärkung des gemeinnützigen Kleinunternehmens unter die wirksame Aufsicht des Staates. Diese Forderung ist bisher unerfüllt geblieben, nun aber verlangen die bankrotten Bekämpfer des Marxismus Rettung durch den „marxistischen“ Staat, und sie rufen nach der Hilfe des Auslandes. Der Kredit des Auslandes sei jedoch zerstört worden nach dem verhängnisvollen Wahlsieg der nationalsozialistischen Reaktion im September vorigen Jahres, der im wesentlichen vom Unternehmertum mit allen Mitteln gefördert worden ist.

In dem Aufruf wird ferner betont, daß eine entschlossene Umkehr notwendig ist. Es zeige sich, daß die Selbstherrlichkeit der Banken und der Schwerindustrie in den Vordergrund tritt. Staatliche Hilfe sei nur gerechtfertigt, wenn der staatliche Einfluß im Interesse der Allgemeinheit bauernd gesichert bleibt. Nachdrücklich wird verlangt eine gründliche Bereinigung der Wirtschaft ohne Rücksicht auf kapitalistische Sonderinteressen. Die Ansprüche der Arbeiter und Angestellten auf Lohn, Gehalt oder Unterstützung vor den verderblichen Folgen der Krise müssen unbedingt gesichert werden. Die Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni und damit die Beseitigung des damals verübten sozialen Unrechts sei erneut mit Nachdruck zu fordern. In ausreichendem Maße tue ausländische Hilfe not, deshalb sei eine Außenpolitik der Verknüpfung nötig. Der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie müsse ein Ende bereitet werden; an ihre Stelle müsse eine geordnete Wirtschaftsführung treten, zum Nutzen des Volkes. Zum Schluß wird in der Kundgebung die feste Einheit der Arbeiterklasse gefordert.

Diese Kundgebung hat unter den Reptilien der Schwerindustrialen Zeitungsgorgane furchterlichen Staub aufgewirbelt. Immer wieder betonen die journalistischen Kopfschmerzer der Industriellen die Ansbuch der „Wirtschaftsführer“ an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands. Immer wieder schreien sie die Schuld daran dem „Marxismus“ in die Schuhe, obwohl seit über einem Jahrzehnt in Deutschland eine bürgerliche Regierung am Ruder ist, höchstens hin und wieder durchsetzt von einzelnen sozialdemokratisch gerichteten Ministern. Aber dieses Schlagwort vom „Anbell des Marxismus“ ist heute bereits dermaßen elerner Bestandteil in der Reptilienpresse geworden, daß kein Aufschrei darin, der sich gegen die Arbeiterklasse richtet, ohne dieses vollkommen blöde Schlagwort auskommen kann. Dieses Geschrei erinnert an die bekannte Methode des Spitzbubens: Halte den Dieb!

Die deutsche Arbeiterklasse wird sich durch dergleichen nicht blüßen lassen. Die führenden Organe der Sozialdemokratischen Partei haben ihre Kundgebung zur rechten Zeit erlassen. Wir begrüßen sie und erklären uns mit ihr in allen Teilen einverstanden.

Rundfunkhören!

Eure Zeitschrift ist der „Arbeiterfunk“

Wie sich die Welt in Nazisöpfen malt.

Die Nazis scheinen von den gemerktschaftlichen „Erfolgen“ ihrer Brüder von links, der Kommunisten, vollkommen herauf zu sein. Und sie geben sich nunmehr die erdenklichste Mühe, durch Zellenbildung und sonstige Ankerhaltungen gleich den Kommunisten den Gemerktschaften den Boden abzugraben. Dabei schießen diese Herrschaften manchmal noch lächerlichere Purzgebäume als ihre Brüder von links. Uns fällt ein Betriebszellenblatt „Arbeiterium“ in die Hände, das von einem gewissen Walter Schumann herausgegeben wird. Der junge Mann, der aus diesem Jahrtausend abstammt, hat es frohgedem bereits zum Reichstagsabgeordneten der Naziartei gebracht. Einem Reichstagsabgeordneten des Volksbundes, geschäftsmäßig auf folgende Weise er von der Gemerktschaftsbewegung so viel Abnung haben wie der Esel vom Entschlagen. Das geht auch aus einem Aufruf im „Arbeiterium“ hervor, den er der aufstauenden Mittwelt vorsetzt. Es heißt da:

„Wir verzichten auf die marxistische Futtertrogbeide, wie sie wohl für eine Viehherde paßt, aber nie und nimmer für den denkenden deutschen Menschen.“ An anderer Stelle heißt es: „Die marxistische Wirtschaftsauffassung hat ja erst dazu geführt, daß heute Millionen und aber Millionen deutscher Menschen auf der Straße liegen und am Leben verzweifeln.“ Der Marxismus hat das Land entvölkert und die Städte proletarisiert.“

Ob dieser junge Mann eine Abnung hat von dem, was er da seinen Lesern vorsetzen will, ist fraglich. Uns dünkt, daß die Futtertrogbeide in der Naziartei weit mehr Anhänger hat als in irgendeiner anderen politischen Partei; denn diese Herrschaften streben ja nach der Diktatur in Deutschland, und alle diese „Führer“ erheben dann vom Driften Reich den „Futtertrog“, den sie heute anderen neiden. Wir sehen ja, wie diese Herrschaften, darunter auch Herr Schumann, ihr Reichstagsmandat, also ihr Mandat als deutsche Volksvertreter, aufstellen. Mit dem Reichstagsmandat sind sie im „Futtertrog“ ja schon etwas näher gerückt. Und es fiel ihnen nicht ein, als sie ihren kuriofen Auszug aus dem Reichstags vollzogen, etwa daran zu denken, nunmehr auch auf die Reichstagsabgeordneten zu verzichten. Gemüß, sie trugen nach ihrem Auszug aus dem Reichstags anfänglich eine hohe Geißel zur Schau und verhielten sich ausföhrlichen Selbstenfassen, angeführt der Notlage des deutschen Volkes auf ihre Reichstagsabgeordneten zu verzichten. Sie verlangten, daß das Geld, das für ihr Nichtstun ausgemorfen war, den Arbeitslosen zugunsten werde. Dabei verweigerte man allerdings, daß die Reichstagsabgeordneten bereits im Säckel jedes einzelnen Naziabgeordneten verschwunden waren. Und die Herrschaften hüteten sich, von diesem Geld damals und später auch nur einen Pfennig für die Arbeitslosen herauszurücken. Das Ganze war ein Aufruf für jene, die nicht alle werden. Auch während der Fortführung ihres „Streiks“ hielten diese famosen Volksvertreter ihre Reichstagsabgeordneten allmonatlich ein, und es ist sich heute noch nicht eingefallen, den schönen Futtertrog, der ihnen mühselige Gewinne zuwies, in die Erde zu stellen und mit erhabenen Geißel auf diese Futtertrogbeiden zu verzichten.

Natürlich plappert dieser jugendliche Nazimann auch das Geschrei, das im Reichstag, in der deutschen Nationalen und schwerindustrialen Presse nach und abgeißelt, nach: die „marxistische“ Wirtschaftsauffassung habe schuld an der ungeheuren großen Arbeitslosigkeit. Merkwürdig nur, daß diese große Arbeitslosigkeit nicht nur im „marxistisch verfeuchten“ Deutschland grassiert. Sie ist in kaum minderm Maße vorhanden in den hochkapitalistischen Vereinigten Staaten, im hochkapitalistischen England und sogar im faschistischen Italien. Wir haben keine Ursache, diesem Herrn Schumann über die Weltwirtschaftskrise ein besonderes Privatstimulium zu halten; dies wäre ein Versuch am völlig untauglichen Objekt, es wäre vergebene Liebesmüß. Wir sind überzeugt, daß dieser Herr Schumann jedenfalls auch die nunmehr hinter Schloß und Riegel gebrachten Herren Kapitalisten als „Marxisten“ bezeichnen, obwohl diese Herren und auch die Herren von der verachteten Danabank der Naziagende viel näher stehen als etwa unserer modernen Arbeiterbewegung. Ganz neu ist und auch die Auffassung Schumanns, der Marxismus habe das Land entvölkert und die Städte proletarisiert. Dabei der seit 1870 mit Macht um sich greifende Industrialismus, himmelmweit entfernt vom Marxismus, das Land entvölkert und die Städte proletarisiert hat, das geht dieser Nazi-leuchte natürlich nicht ein.

Was es aber wirklich einen Zweck, zu solchem Wödhinn noch irgend etwas zu sagen? Die Arbeiter, die einem solchen verbohrenten Geseß glauben schenken, können wir nur bedauern. Bei den Mitgliedern unseres Baugewerkesbundes sind wir überzeugt, daß dergleiche journalistische Hanswurftfanden und Trüben keinerlei Anhang finden werden.

Die Kommunisten wollen Hitler!

Die Kommunistische Partei hat beschlossen, sich in die Front der Hitler, Hugenberg, Selbde und Müllberger einzureihen und sich am preußischen Volkstentisch zu beteiligen, den der Stahlhelm in die Wege geleitet hat, um eine reaktionäre Reichsregierung in Preußen herbeizuföhren. Natürlich heißt die Kommunistische Partei dieses offene Bündnis mit den Faschisten zu beschönigen. Unter welchem Schimpfen auf die preußische Staatsregierung stellte sie an diese ultimative Forderung, von denen sie wußte, daß sie zum großen Teil nicht von der preußischen Regierung, sondern von der Reichsregierung erfüllt werden müßten. Natürlich lehnte es die Preußenregierung ab, die Stellung zum Volkstentisch zu einem Schwagergeßäß zu machen.

Diese sich „kommunistisch“ nennende Bluff-Partei kennt ihr Publikum und sie weiß, was sie ihm bieten kann. Es galt die Schändlichkeit des Bündnisses der Kommunisten mit den Faschisten zu verhöhnen, und dazu war selbstverständlich ein trummer Bluff nötig. Unter anderem forderte dieser Arbeiterpartei, daß das Verbündete des Noten-Frontkämpferbundes als der Kampforganisation gegen Nationalsozialisten und Stahlhelmer sofort aufgehoben werden müsse. Diese Forderung dürfte selbst für K.O.D.-Köpfe etwas zu viel sein. Die Kommunisten ziehen Hand in Hand mit den Nazis gegen die Preußenregierung und nennen zu gleicher Zeit ihren Frontkämpferbund eine Kampforganisation gegen die Nazis. Auf der gleichen Höhe steht eine Auslassung der „Noten Fahne“, die pathetisch ausruft, die K.P.D. übernehme nunmehr die „Führung“ im von den Faschisten geforderten Volkstentisch, um damit den „konzentrierten“ Kampf gegen

das Faschistenpack zu führen. Das ist eine geradezu unübersehbare Logik. Jedenfalls zeigt dieses Bündnis der Kommunisten mit Hitler und Hugenberg, in welchem grandiosen Maßstabe die Kommunistische Partei die Interessen der deutschen Arbeiter zu verraten imstande ist, indem sie sich jener Partei anschließt, die die deutschen Gewerkschaften mit grimmigstem Haß verfolgt.

Wir sehen, wie das deutsche Scharfmacherum gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie aufheult, weil sie die Schuld der bankrotten kapitalistischen Wirtschaftsführer unbarmerzig über dem ganzen Volke anprangert. Dies alles hält die Kommunisten nicht ab, sich in blindem Haß gegen die moderne Arbeiterbewegung zu stellen. Wohl bekommen ihnen der vorwärtsgehende Reinfuß! Aber kein angenehmen, der Volksentseidung gelänge: Was dann?

Solche Betrachtungen kennt man bei der „Führung“ dieser Auarbeiterpartei natürlich nicht. Wie bei ihrer Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage heißt es auch hier: „In die Kartoffeln, raus aus der Kartoffel!“ Am 15. Oktober 1930 erklärte der Führer der Kommunistischen Landtagsfraktion im Preussischen Landtag zur Frage des faschistischen Volksbegehrens: „Dieses Volksbegehren hat nur das Ziel, der Blutgerichtsbarkeit der faschistischen Vorkriegszeit den Weg zu bereiten. Wir Kommunisten lehnen es ab, diesen Vorkriegsgeist mitzumachen!“ Und noch am 10. April dieses Jahres rief die „Rote Fahne“ pathetisch aus: „Kein Werkstätter darf sich vereinen lassen, gemeinsam mit den Nazis und des Stahlhelms, gemeinsam mit den Herrenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnlern für deren Volksbegehren aufzumarchieren!“ Und an anderer Stelle: „Wie wenig dieses faschistische Volksbegehren eine Angelegenheit der werktätigen Massen ist, zeigt die Tatsache, daß einer der eifrigsten Propagandisten für diese Stahlhelm-Aktion neben der Presse des Großkapitalismus und Inflationsgewinnlers Hugenberg — die „Berliner Morgenzeitung“, das Organ der von den Nazis so „bekämpften“ Bankfürsten und Börsejohobber ist.“

Heute klingt umgekehrt. Heute macht sich die SPD zum Helfershelfer des „Volksbetrugs“, der „Mord- und Streikbrecherbanden“ der Nazis und Stahlhelms, der „Herrenfürsten, Junker und Inflationsgewinnler“. Heute schwärmt sie für die Aufstichung der „Wutbürger“ der faschistischen Diktatur. Was gestern verbrannt wurde, wird heute heilig gesprochen. Gestern Stalinisten, heute Stahlhelmlisten. Nander, der bisher die Auarbeiterpartei blindlings nachrannte, dürfte jetzt doch wohl stüßig werden und die Gemeinsamkeit mit dem Prinzen Luitpold und General Madenken und dem Erzherzoginzen dankend ablehnen. Klassenbewußte Arbeiter wissen, was sie am Tage des faschistischen und nunmehr rot angelegenen Volksentseids zu tun haben. Sie bleiben zu Hause. Und wenn man sie durch Terror zur Stimmabgabe zwingt, dann haben sie es leichter als beim Volksbegehren, sie machen den Abstimmungsstempel in der Abstimmungszelle unguiltig, indem sie das „Ja“ und das „Nein“ durchstreichen oder den Stempel ohne jede Anmerkung in die Urne legen. So handeln wahrhaft klassenbewußte Arbeiter bei diesem Entseid!

Preise in Deutschland und in der Schweiz.

Die deutsche Bevölkerung, die von Industrie und Handel lebt, muß große Opfer für die Landwirtschaft bringen. Länder, die einen ähnlichen hohen Schutz Zoll nicht haben, weisen einen bedeutend niedrigeren Lebenshaltungsniveau auf. In welcher Weise sich die Verteuerung von Lebensmitteln durch Zölle und Verbrauchsabgaben auswirkt, dürfte nachstehende Zusammenstellung beweisen, die einer Erhebung der Zeitschrift „Schweizer Konsum-Verein“ entstammt und in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 29 veröffentlicht wurde. Danach betragen die Preise für ein Kilogramm

Table with 3 columns: Item, Price in Basel, Price in Lörrach. Items include Prof., Auszugsmehl, Graupen, Bitterkorn, Kristallzucker, and Rohkaffee.

Bei gleicher Berechnung sind Schweizer Franken in Mark umgerechnet. Durchschnittlich kostet 1 Kilogramm der aufgeführten Lebensmittel in Deutschland das Doppelte dessen,

was in der Schweiz dafür bezahlt werden muß. Zucker ist in Lörrach sogar fast dreimal so teuer als in dem benachbarten Basel. Kaffee steht im Preise bei uns um das Doppelte höher als in der Schweiz. Für die übernatürliche Belastung der deutschen Bevölkerung zugunsten der Landwirtschaft dürften obige Zahlen einen einwandsvollen Beweis liefern.

Arbeitsgericht und einseitige Verfügung.

Ein solches Stück hat sich das Arbeitsgericht Berlin geleistet. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband bestreift in Berlin die Holzschuh-Werkstätten. Die Belegschaft will dadurch einen Lohnabzug abwehren und sich auch die seit Jahren im Berliner Holzgewerbe üblichen Ferien nicht nehmen lassen. Es handelt sich hier also um einen völlig legitimen Abwehrstreik. Die Arbeitgebervereinigungen beantragte demgegenüber beim Arbeitsgericht eine einseitige Verfügung, und — geradezu unglücklich! — das Arbeitsgericht folgte dem und gab dem Deutschen Holzarbeiter-Verband auf, zu unterlassen, durch Mitglieder seines Vorstandes oder durch seine Organe, insbesondere durch seine Angehörigen und Funktionäre der Ortsverwaltung Berlin, in Wort und Schrift, durch Zeitungen, Flugblätter, Handzettel und dergleichen, durch Verfammlungen oder sonstige Propaganda zur Sperrung des Betriebes der Antragstellerin aufzufordern. Durch einseitige Verfügung wurde auch dem Holzarbeiter-Verband aufgegeben, zu unterlassen, daß zur Durchführung des Streiks Streikleitungen gebildet, Streikposten aufgestellt, zu unterstellt werden, die Weiterführung des Streiks zu organisieren oder Streikwillige durch seine Mitglieder an dem Zutritt zur Arbeitsstelle und an der Verrichtung der Arbeit durch Gewalt, Bedrohung und Bespitzung zu verhindern. Auch die Bildung einer Streikleitung wurde untersagt. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung ist Geld- oder Haftstrafe angedroht worden.

Das ist ein ganz unmöglicher Gerichtsbescheid. Wie er zustande gekommen ist, wissen wir nicht, ein mündlicher Termin war nicht angefordert worden. Worauf stützt sich nun diese Verfügung? Auf die §§ 823 und 826 BGB. Das sind die bekannten Paragrafen, die Strafe androhen, wenn jemand in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise anderen vorzüglich Schaden zufügen will. Sind diese Bestimmungen überhaupt auf das Streikrecht anwendbar?

Das Arbeitsgericht Berlin hat es sich leicht gemacht. Eine solche reaktionäre Handlungsmöglichkeit nicht mehr zu überlassen. Auf diese Weise kann man jeden Streik unmöglich machen. Jedenfalls werden es sich die Holzarbeiter Berlins unter keinen Umständen gefallen lassen, daß auf eine solche Weise ihr verfassungsmäßiges Konstitutions- und Streikrecht illusorisch gemacht wird. Hier handelt es sich aber nicht nur um den Holzarbeiter-Verband, hier geht es um ein vitales gewerkschaftliche Interessen überhaupt. Es wird notwendig sein, daß in dieser Richtung völlige Klarheit geschaffen wird. Es muß festgestellt werden, ob ein Arbeitsgericht überhaupt die Befugnis hat, unter Berufung auf die §§ 823 und 826 BGB, das Streikrecht der Arbeiter zunichte zu machen.

„Die Varaber vom Walchenjee.“

Unter diesem Titel ist im Bundesverlag ein besonderes für die Bauarbeiter interessantes Buch erschienen. Es entstammt der Feder eines früheren Liebauarbeiters. Der Verfasser, unser Kollege Josef Rombach, erzählt in diesem Werke von dem Leben und Schaffen der Arbeiter bei der Errichtung des großen Walchenjee-Kraftwerks wie es eben nur ein Mensch zu tun vermag, der selbst in dieser Arbeitswelt als einer dieser „Varaber“ wirkte. „Was weiß die Welt über das Leben, die Opfer und die Schicksale der Menschen, die an solchen technischen Wunderwerken arbeiten, wie es das Walchenjee-Kraftwerk ist? — Der Verfasser war als Liebauarbeiter bei dem Bau des Werkes beschäftigt und hat dort als Vertrauensmann seiner Kollegen, als langjähriger Betriebsobmann und Vorsitzender der Zahlstelle unseres Bundes gewirkt. Das erklärt vor allem die Sorgfalt und die Gründlichkeit seines Werkes und das feste Vertrauen der Mitglieder, mit denen er fünf Jahre lang arbeitete, lebte und für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung gegen wirtschaftliche und politische Gegner kämpfte. Das Walchenjee-Kraftwerk entstand in den politischen und wirtschaftlichen Sturm- und Drangzeiten der bayerischen Räteregierung und der Inflation, in einer Zeit, als Links- und Rechtsradikale die Wirrnisse immer wieder auszunutzen versuchten, die hunderte der Walchenjee-„Varaber“ für ihre ungläubigen politischen Geschäfte zu mißbrauchen.

— Dadurch kommt das fesselnde und unterhaltend geschriebene, mit Bildern ausgestattete Buch den gewerkschaftlichen Strebenden besonders nahe. Der Bundesvorstand unterbreitet den Kollegen damit eine literarisch überaus wertvolle Feuerzweigung.

Der Arbeiterdichter Ernst Pöckang, der das Manuskript prüfte, beurteilte das Werk wie folgt: „Das Werk ist inhaltlich die höchst respektable Arbeit eines charaktervollen, tief durchgebildeten Gewerkschaftlers, der auch psychologisch geschult ist und also nicht nur die Dinge, sondern auch die Menschen klar und treffend beurteilen kann. Darum ist ungenügend viel an wertvollen Erkenntnissen in dem Buch niedergelegt, das noch den Vorzug hat, ein bisher in weiteren Kreisen unbekanntes Milieu anschaulich zu schildern. Der Inhalt ist durchweg interessant und fesselnd. Er ist lehrreich besonders für die Jugend und für alle Arbeiter, die keine rechte Ahnung von der Arbeit der Gewerkschaften, von den zahllosen Schwierigkeiten und Hemmnissen haben, die besonders bei einer so bunt zusammengewürfelten Arbeitermasse zu überwinden sind. Die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus scheint mir hervorstechend gut gelungen und dem Verständnis auch des weniger Belesenen angepaßt. Das immer wieder offenbarte menschliche Verständnis für die Irrenden, die Schwachen und Wandelbaren ist ein weiteres Attribut; denn es beweist den ruhigen und untendenzigen Geist des Verfassers.“

Das Buch wird an Bundesmitglieder und an Mitglieder anderer Gewerkschaften zum Preise von 3 M. verkauft. Bestellungen werden von den Baugewerkschaftsvorständen gesammelt und dem Bundesvorstand übermittle. Der Preis ist so niedrig gehalten, daß er eben die Herstellungskosten deckt. Im Buchhandel wird ein derartig ausgestattetes Buch regulär 8 bis 10 M. kosten.

Verbandsstag der Fabrikarbeiter.

Anfangs Juli tagte in München der 17. Verbandsstag des Verbandes der Fabrikarbeiter. Der Geschäftsbericht wurde von Brey gegeben. Er wies auf die Höhe der Zeit hin; die Verzweigungsaktionen bringen der Arbeiterbewegung keine Hilfe. Brey behandelte ferner die Provisorien und bewies, daß die Haltung der Gewerkschaften und der SPD, richtig gewesen ist. Für den keramischen Bund sprach Gränzel. Er schilderte die schlechte Lage in der keramischen und der Glas- und Porzellanindustrie. Trotzdem konnten sozialpolitische Erfolge durchgeföhrt werden. Den Klassenbericht gab Köhler. Während die Jahre 1928 und 1929 eine Vermehrung des Verbandsvermögens um 8 Millionen brachten, war das Jahr 1930 unguiltig. Am Jahreschluß betrug das Verbandsvermögen 14,3 Millionen Mark. Seit der Stabilisierung sind über 29 Millionen Mark an Unterföhungen ausgezahlt worden. Im Bericht der Redakteure Prüll und Zentinger wurde die Veränderung in der Aufmachung der Zeitungen hervorgehoben. Wesentliche Beschwerden gegen die Reaktionsföhungen sind nicht bekannt geworden. Weitere Verbesserungen der Verbandsorgane wurden in Aussicht gestellt. In der Aussprache trafen keine besonderen Beschwerden gegen die Verbandsföhung zutage. Eine Vertrauenskommission wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Das gleiche geschah mit einer Entschließung des Vorstandes zur wirtschaftlichen Lage. Genosse Wiffel hielt einen Vortrag über „Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft“. Der Vortragende verstand es, in glänzender Weise die Unschönheiten im Produktionsprozeß und die Fehler des Kapitalismus herauszufallen. Ueber Tarif- und Lohnbewegungen sprach Braumann, Hannover. Das „Arbeitsrecht“ und „Rechtsgeschichte“ im Lichte der Rechtsprechung“ behandelte Schmidt, Hannover. Das Referat zum Gewerkschaftskongress hielt Ziemig. Ueber „Jugendbewegung“ sprach Albin Karl. Er konnte auf bedeutende Fortschritte auf diesem Gebiet hinweisen. Die Agitation unter den Arbeiterinnen behandelte Frau Jammer. Bei der Statutenberatung wurde anerkannt, daß Veränderungen im Unterföhungswesen notwendig sind. Die von der Kommission vorgelegten Satzungen wurden mit geringen Veränderungen angenommen. Zur Vorstandswahl erklärte Brey seine Absicht, sich nach 11jähriger Verbandsföhung von seinem Posten zurückzugeben. Diese Absicht äußerte auch Gierig vom früheren Glasarbeiterverband, der gleichfalls im penfönlichen Alter steht. Beide wiesen auf die Schwierigkeiten des Organisationsaufbaus hin und verlangten Nachsicht. Der beiden Jubilare wurde herzlich gedankt. Mit Brey tritt einer der ersten Gewerkschaftsföhler von der Bühne des Gewerkschaftskampfes ab. Der übrige Vorstand wurde wiedergewählt.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 6. Juli 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Large table with columns for regions (e.g., Königsberg, Berlin, Hannover) and various categories of workers (e.g., Zimmerer, Klempner, etc.), showing employment and unemployment statistics.

Unterhaltung und Wissen

Von der Spionage geheilt.

Ein herrlicher Sommermorgen zog über die Großstadt herauf. Unermüdet beförderten Straßenbahnzüge und Omnibusse die Massen der Arbeiter an ihre Arbeitsstätten. Die Geschlechter, in die der harte Wirkungskampf und die tägliche Sorge tiefe Runen gedrungen, hatten größtenteils einen müden, verblissenen Ausdruck.

Um 7 Uhr erkant ein großer Pfiff auf der großen Baustelle. Gemächlich bewegte sich die Belegschaft aus ihren Buden an die Arbeitsstellen. „Na, macht man's hübschen schneller!“, erkant die grobe Stimme des großen, breitwulstigen Poliers. „Du, Ernst, hörst du den Pfeifenkopp wieder gröhlen?“, so flüsterte der Hilfsarbeiter Kurt Präger dem Maurer Rechner zu. „Pf!“ gab der andere gedämpft zurück, „nich so laut, der Schlemmer steht in der Nähe.“ „Ach, der Lump kann das von dort aus nicht hören.“

Aber der mit solchen Ehrentiteln Ausgezeichnete hatte es doch gehört. Bösartig blickte er die beiden von der Seite an und knurrte: „Wartet nur, euch zahl' ich das noch heim.“

Der Polier Weber war ein roher Grobian und bei der gelamten Belegschaft sehr unbeliebt. Er war ein Antreiber schlechterer Sorte. Welche dem, der sich gerade gemächlich sein Pfeifen klopft, und Weber sah es, dann hieß es: „Fauler, Langsch.“ und das waren noch die zarresten Ausdrücke, deren sich dieser Antreiber bediente. Leider erfuhr er auch über in der Baubude besprochene, vor ihm geheim zu haltende Dinge. Regelmäßig wurden ihm die „Baubudegeheimnisse“ überbracht. Man verdächtigte mal diesen, mal jenen Kollegen als Angeber. Schließlich aber verdächtete ihn der Verdacht zur Gewißheit, daß der Helfer Schmecker als Spion betätigt.

In der Mittagspause fand sich in der großen Baubude immer eine kleine Schatrunde zusammen. Und diese Schatrunde hielt eines Tages geheimen Kriegsrat, in welcher Weise der Spion geheilt bestraft werden könne. Bald war auch ein Pfländchen geschmiedet. Präger als Pfiffbläser sollte ihn ausführen.

Der Spion Schmecker war ebenfalls leidenschaftlicher Schachspieler. Schon oft hatte er vergeblich mitzupielern versucht. Und nun schloß Präger große Spielbank vor, und Schmecker wurde freundlich eingeladen, ihn zu vertreten. Schmecker war erst etwas misstrauisch über dieses unerwartete Entgegenkommen. Aber er giß zu, und bald wußte er sich nur größtem Über dem Schachpiel.

Inzwischen war der Neubau, ein großes Warenhaus, bis zum ersten Stockwerk gedeihen. In der Ecke, die mittags auf im Schatten lag, stand ein großer Wasserbottich mit darüber befindlicher Wasserleitung. Aus diesem Bottich holten die Kalkschläger ihr Wasser. Die Spielrunde verlegte ihren Stammtisch bei dieser Ecke. Schmecker baute sich gemächlich ein paar Bretter über den Bottich und betrachtete fortan diese Sitzgelegenheit als seinen unbestreitbaren Besitz.

Und so wurde denn in dieser Weise weitergeschaltet. Aber eines Mittags, als die drei beim eifrigsten Spielen waren, kam plötzlich Präger breiigefärbt und setzte sich wüthlich neben Schmecker, indem er ihm zusetzte: „Paul, du sollst sofort zum Polier kommen!“

Das selbe Brett, das Schmecker immer als Sitzgelegenheit hatte, hatte Präger kurz vor der Mittagspause gegen ein halboverkauftes umgetauscht, was Schmecker nicht bemerkte hatte. Und dadurch, daß Präger ebenfalls noch mit kurzem durch Schmeckers Beine schwellen in die Höhe, und er selbst verankert unter dem Triumphgeheul der Spieler tief in die häßle Flut des Wottschs.

Tudelnach und stuchend krabbelte Schmecker aus dem feuchten Element wieder hervor. Er prüfte das Brett und kam dann zu dem Schluß: „Sinn, das hab ich mit Willen gemacht.“ Aber in seinem Unklare sah er nur ungeschuldvolle und sogar erzünte Geschlechter an einer solchen bösen Verdächtigung. Während wendete sich Schmecker der Baubude zu, um sich dort umzuziehen. Nachdem dies geschah, nahm er noch einen kräftigen Schluck aus seinem Kaffeebuddel und las folgendes: „Du Stroch, wenn du dich noch weiter unerschickst, uns anzugehen, dann bauen wir dir morgen früh sämtliche Knochen kaputt.“

Danz bläß starre Schmecker dieses Ultimatum an. In diesem Moment trat auch Rechner zu ihm, riß ihm den Zettel aus der Hand, und ebenso hart, wie laut sagte er dem Erschrockenen ins Ohr: „Du weißt jetzt Wehleid, wie heißen Wort.“

Aber damit waren die Leiden des braven Angebers noch nicht erschöpft. Noch ein halbes Dutzend Kollegen drängte in die Baubude, Fräule griffen nach Schmecker, und Prüfer richtete an ihn die erbaunngssoollen Worte: „Paul, verpflcht du, endlich alles zu unterlassen, was uns schädigt, und willst du nun endlich dem Bunde beitreten?“

Schreckensbläß und mit den Anien schlottend blickte Schmecker in die finsternen Gesichter seiner Kollegen. Diese wichtige Demonstration kam ihm überraschend. Er überlegte. Pfiffbläß legte er seine Flosse in Prägers immer noch ausgebreitete Hand und sagte: „Jawohl, Kurt, ich hab' mir das überlegt. Ich letzte Abblüte. Ich weiß jetzt, daß ich an euch schlecht gehandelt habe, aber das wird nun anders. Morgen kam mich der Belegschaft in die Organisation aufnehmen.“

Das war eine frohliche Entspannung. Befriedigung pflegte sich auf den Gesichtern der Anwesenden. Auch die anderen Kollegen drückten Schmecker nunmehr die Hand.

Der brave Polier Weber hatte nach einiger Zeit das Pech, etwas zu vernurksen; er wurde entlassen. Schmecker aber war seit jenem Vorgang, wie er immer wieder betonte, vom Spionagefimmel geheilt; er entwickelte sich zu einem fabellosen Bundesmitglied.

Der Himmel ist blau . . .

Die Diva sagt zu ihrem Freund, dem Direktor:
„Ach, kein Wältschen; wie ist doch der Himmel so blau!“
Der gleiche Himmel spannt sich auch strahlend und groß über uns Männer vom Bau.
Doch wenn der Diva die Wellen den Leib umtosen,
Wenn sie mit dem Direktor im Strandröckel steht,
Dann stehen wir auf dem Gerüst in sengender Glut.
Dann ist unsere Klust verschluckt.
Dann werden uns die acht Stunden zu lang.
Dann ist die Arbeit eine Sündendeel,
Und müde sehnen wir die Kühe des Abends hebel.

Und doch so viele Arbeitstöße,
Sie tragen gerne unsere schwere Plage.
Du siehst sie an den Strohkeden stehn,
Und kostlos leer sind ihre Tage.

Wie schaffen noch,
Oh morgen wie nicht wieder stampeln müssen?
Wer weiß?
Wie bessehn die Fährte zusammen.
Von unsen Stinnen troppf der Schwelch.
Louis Plig, Meeres.

Gemütsmenschen.

Von T e h a T e h a.

Wir fahren zwischen Halle und Berlin. Im Abteil ist es dooo. Jeder und alle sind sie müde. Nur ein Mitreisender, der in Bitterfeld zusteigt, möchte gern „Diskussion machen“. Es hat aber niemand Lust, trotzdem es ein Sachse ist.

In Wittenberg steigt ein Kriegsveteran zu. Ich kargerer ehemaliger Feldwebel. Sein Gesicht ist zernäht; quer durch den Mund geht eine dicke Narbe, die seine Zähne bloßlegt, so, als ob er sie ständig klickt.

Unser Sachse wird auflebensendig. Er rückt auf seinem Hofenboden hin und her, her und hin; er wackelt offenbar nicht, wie er dem Neuen was Angenehmes sagen soll. Aber nun hat er den richtigen Ton gefunden: „Verdammit, verdammit, Herr Nachbar, Ihnen hamme aber die Gucke zerjault.“

Der Angeredete lächelt sacht: „Ja — der Krieg. In fünf Sekunden war ich so zugerichtet.“

„Ne? So? In fünf — nu so was. Wohl mit'n Sabel?“

„Zwei Bajonettschläge und ich laufe zettelbens so umher.“

„Nu — den Aral häßt'sch so Kullasch gemacht — een so die Wisfische zu vernurkschen.“

„Wenn man selber nur noch rohes Fleisch ist, kann man selber dem andern beikommen.“

„Ja, der Krieg. Wer möcht gel' wieder vom Läder ziehn, wenn man das sieht.“

„Uns ist's genug. Wer bei dem, was wir durchgemacht haben, von neuem loschlagen will, hat vom Krieg nichts gesehen.“

„Wann menschtens bel Ihnen a' Fuß oder a' Arm wär.“

Stimmen des Verlesenen: „Warum?“

Zum 4. August.



1914 - 18 Die Hölle und das Verbrechen des Krieges.

1931 Dafür schwärmen wieder ehemalige Etappenhengste und Hofenmäße.

„Nu ich meene — wägen de Ränken. Vor das verhaene Mundwerk kriegen sie doch höchstens dreißig Prozent, vor a' Ween sechsig, ich gloob lieber sechsig.“

Ich hätte den Gemütsstohen am liebsten gedröpselt. Die übrigen Mitfahrenden lächelten über diese Bemerkung nachsichtlich.

„Von dem Standpunkt hab ich meine Narben und Wunden wahrhaftig noch nicht rechnerisch nachgeprüft. Mit Geld ist so etwas überhaupt nicht aufzumachen. Wollen wir lieber sorgen, daß solche Schwelmeren nicht wieder losbrechen.“

Das war eine feine Absuhr. Aber unser Bitterfelder ließ sich dadurch nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Noch einmal sagte er:

„Die oben kriegen auch den vollen Zaffer, ich bin denn schon lieber für eens richt'ge Ränke.“

Dann wurde es wieder still im Abteil. Der Gemütsverlesene zog sich hinter seine Zeitung zurück. Der Sachse war beleidigt, daß man ihn so verkannt hatte.

Es geht doch nichts über das deutsche Gemüt . . .

Wie spät mag es sein?

Wir haben es oft im Gefühl, wie spät es ist. Wir treffen es mit unserer Vermutung oft sogar ganz genau. Wir wundern uns dann über das „Eraten“, während es in Wirklichkeit ein neuer Zeitpunkt in des Menschen ist, der nach den neuen Anforderungen der Wissenschaft im Werden ist.

Immer haben wir dieses Zeitgefühl allerdings nicht. Oft wundern wir uns, wie schnell die Zeit vergangen ist. Dann staunen wir über das schnelle Vergehen der Zeit. So ist es bekanntlich oft, wenn wir einmal abseits vom Alltag einige Stunden in froher Belegschaft verleben.

So ist es auch in unseren Träumen. Welche Wanderungen unternehmen wir manchmal nicht im Traum! Wie viele Stunden scheinen uns da beim Erleben zu verinnen! Welche lange, bange Zeit schmeckt mir da hin und wieder in Gefahr und Angst! Und doch haben neue wissenschaftliche Untersuchungen ergeben, daß die durchschnittliche Dauer eines Traumes nur 30 Sekunden ist.

Auch im Verhältnis zur Zeitgefühle irren wir mit unserem Zeitgefühl oft. Es gibt ja Zeiten, die kriechen, und Zeiten, in denen sich das Geschehen überstürzt. Wie heute. Was erleben wir heute in einigen Jahren alles an Neuem! Und da ist es verständlich, daß wir bei der Nachprüfung nach diesem oder jenem schließlich staunen: „Was! So lange ist das schon her?“

Doch im ruhigen, bewußten Geschehen haben wir das Gefühl für die Zeit. Im gleichmäßigen Tageslauf. Ja, so stark ist das Gefühl für die Zeit bereits in den Menschen geworden, daß es auch im Unbewußten des Menschen ist, wenn er etwa schläft. Nur so ist es zu erklären, wenn Menschen oft genau auf die Stunde, zu der sie erwachen müssen, auch die Augen aufschlagen, ohne ein Wecken von außen, durch andere oder durch eine Uhr.

Katzenlich ist dieser Zeitinnus noch verblieben entwickelt. Bei manchen ist er noch schwach. Aber daß es Menschen gibt, die, wie es die wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, bis auf kleine Zeitgrenzen von nur drei Minuten die Zeit ohne Uhr angeben können, das beweist, daß da etwas Neues in der Sinneswelt der Menschen im Werden ist. — Der Mensch hat seine Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Entwicklung ist Natur- und Menschenart, die niemals stillstehen kann. Die Entfaltung des Geistes und der Seele des Menschen ist das Wesen des Menschen. Und das soziale Leben muß so geartet sein, daß sich dieser Mensch, dessen Sinn, Größe und Zukunft wir immer mehr ahnen, seinem innerlichen Wesen entsprechend frei entfalten kann!

Der Mensch und das Meer.

„Ich habe das Meer gesehen“, schrieb Adalbert Stifter 1857 in einem Brief. Es war für den Dichter ein Ereignis. Wie Dank für etwas Großes klingt es aus dem Wort. Er hatte das Meer gesehen. Er hatte Erfüllung erlangt für das, an dessen Erfüllung er solange kaum zu glauben gewagt hatte.

Der Mensch muß aus dem Alltäglichen einmal hinaus, das andere zu erleben, das ihm Symbol für ewiges ist. Denn in jedem von uns steckt der Künstler, der sich nicht nur nach einem Erleben seiner Seele. Natur ist Weltanschauung. Gleichnis des Innigen hier, wie in der Blüte eines Vergißmichnichts oder des Weichens. Des Gewaltigen dort, im Meere wie im Gebirge oder im gestirnten Firmament.

„Ich kann Ihnen mit Worten nicht beschreiben, wie groß die Empfindung war, die ich hatte“, so schrieb Stifter weiter.

Wieses Große und Lebermüßigkeit ist unfaßbar. Im Schmecken spricht Natur, spricht Gofnatur. Wir müssen auch das Schmecken in uns erleben können, durch das Gofnatur da im Großartigen der Natur zu uns redet. Die Heimat mag schön sein, und wir mögen sie lieben. Doch auch die Welt ist schön und auch das Weite ist ein Stück unserer Seele. Und wir müssen Zeit und Mittel haben, auch in Ab d a c h t zu erleben uns selbst an dem, das „mit Worten nicht zu beschreiben“ ist. Wir haben ein Recht auf die schöne Erde. Wir haben die Pflicht, die schöne Erde zu erleben in allem Großem, Weitem, Unermesslichen.

Nur wer in Gofnatur aufsch, schöpft aus dem Ewigen immer neu für sein Leben. Für das große, neue, verbundene Leben, an das er lebend glaubt.

Bundeskalender für 1932.

Der Bundesvorstand läßt gegenwärtig wieder unseren Bundeskalender und zwar den für 1932 vorbereiten. Den meisten Bundesmitgliedern ist dies Wöchlein gut bekannt und viele werden es wegen seiner Reichhaltigkeit gewiß nicht missen wollen, aber dennoch könnte seine Verbreitung unter den Bundesmitgliedern noch bedeutend größer sein. Leider wird mancher arbeitlose Kollege, so gern er auch möchte, den Kalender nicht kaufen können. Um so eifriger aber müssen wir dafür werden, daß der Kalender unter den Mitgliedern verbreitet wird. Wer in Arbeit steht oder wer als Arbeitsloser die 50 \mathcal{M} noch zu erwahnen vermag, jeder sollte sich verpflichtet fühlen, den Kalender zu kaufen. Für alle Kollegen ist der Kalender eine gute Werbhilfe und ein ebenso wertvolles Aufklärungsmittel. Erinnert sei hier nur an den Gesichtskalender. Für alle dem Baugewerksbund angehörigen Berufe enthält er von Anfang an die wichtigsten Daten aus ihrer gewerkschaftlichen Geschichte. Ein Rückblick auf die Tätigkeit des Baugewerksbundes im abgelaufenen Jahre unterrichtet als kleines Jahrbuch über unser gewerkschaftliches Wachen und Werden aus jüngster Zeit. Ein weiterer Abschnitt zeigt in übersichtlicher Form unsere Rechte als Baulegitime. Aufsätze, Notizen, Zahlenübersichten über Verkehrsfragen, über den Baugewerksbund, über die deutsche und internationale Baugewerkschaftsbewegung, aus der öffentlichen Wirtschaft, aus dem Gebiete der Bautechnik und noch manches andere schließen sich an. Wer sich über seine bestehende Haushaltung gern selbst zahlenmäßig Rechenschaft gibt, findet in dem Kalender Raum, wo er Arbeitsverdienst und andere Einnahmen, Arbeitslosgelohn, Arbeitslosgeld sowie seine Ausgaben für das ganze Jahr Woche für Woche notieren kann. Die eigentliche Kalendereinrichtung gibt neben dem praktischen Gebrauch für Notizen aller Art gleichfalls mancherlei Anregung. Sorgfältig ausgewählte Sinnprüche und Zitate von Gedichten geben jedem, der sich bemüht, sie richtig zu lesen, allwöchentlich als Hilfe für seine Alltagsarbeit einen feilsch bewingenden Unterton. 52 Schwarzweißbildchen aus dem Berufsleben verdienen es, eingehend betrachtet zu werden. Wer zeichnerisch veranlagt ist, findet darin Anregung, sich in der Kunst zu üben, das Berufsleben sinnbildlich darzustellen. Und dies reichhaltige, in Leinen gebundene, drucktechnisch vortrefflich ausgefallene Wöchlein stellt uns der Bundesvorstand zum Preise von 0,50 \mathcal{M} (10 \mathcal{M} billiger als bisher) zur Verfügung. Wir können unseren Kollegen nur dringend raten, sich recht bald einen Kalender bei ihrem Baugewerkschaftsvorstand zu bestellen. Je früher die gesammelten Bestellungen dem Bundesvorstand zugeföhrt werden, um so sicherer können die Kollegen bei der immerhin begrenzten Auflage damit rechnen, daß sie den bestellten Kalender auch erhalten.

Kollegen, werbt für den Bundeskalender!

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: In Hamburg in Hesse (Baugewerkschaft Frankfurt/AM) wird gestreikt. Gelpert sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Bauhilfsdynamikfabrik bei Wexhahn, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnsatz; die Firma Wenzel Schmalz in Emden wegen Tariflohn; wegen Nichtzahlung des Tariflohns die Regierarbeiten der Mineralöl- und Apparatwerke in Oerternode bei Weunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Iphoe); die Firma Geißler in Jechst bei Hohenmölsen (Baugewerkschaft Jechst); die Firma Georg Neumann in Neustadt a. d. S.; die Firma Rodus Volkert in Walkammer, ferner die Firmen Jakob Schneider, Wilma Philipp Doll und Gebrüder Johannes Scherr in Eckenhoben (sämtlich Baugewerkschaft Neustadt a. d. S.), in Stolp i. P. die Arbeiter der Firma Franz Karsten.

Gliesenleger: In Krefeld stehen die Kollegen im Abwehrkampf.

Jollierer: Gelpert ist die Jollierfirma Ritter, Kiel, Hafenstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Löhner: Gelpert sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Jechst die Densgeschäfte Gustav Neumann, Gustav Honke und Wöhrme. Die Densleger der Densfabrik Wiedershaus in Reumede (Baugewerkschaft Koblitz) stehen wegen Nichtzahlung des Tariflohns im Streik. — In Leipzig stehen die Densleger im Abwehrkampf.

Aus der Sozialgesetzgebung

Arbeitslosenunterstützung und Miete.
 Noch nie ist die Gesetzgebungsmaschine so produktiv tätig gewesen wie in den letzten Wochen. Eine Notverordnung überläßt die andere. Oft erblicken sogar mehrere an einem Tage das Licht der Welt. Ist es schon für den Gesetzeskandidaten schwer, all diese Neuerungen zu folgen und sie auch so zu verstehen, wie es ihr Urheber will, so ist dies für den Laien, den einfachen Arbeitsmann, ein Ding der Unmöglichkeit. Er weiß heute vielfach gar nicht mehr, woran er ist. Hierzu kommt noch, daß diese oder jene Verordnung in ihrer ganzen Wirksamkeit gar nicht genügend empfunden wird. Ob dies nämlich geschieht, ist längst wieder andere Bestimmungen und Verordnungen erschienen, die das Interesse des werktätigen Volkes in vollem Maße beanspruchen. Wohl am einschneidendsten auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung hat die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gewirkt. Wohl ist der Inhalt dieser Verordnung in großen Zügen in der Gewerkschaftspresse besprochen worden. Auf viele Einzelheiten ist jedoch bisher nicht eingegangen worden. Im Interesse der Versicherten sei einmal eine der neuen Bestimmungen herausgegriffen und einer ausführlichen Betrachtung unterzogen.
 Seit Schaffung unserer heutigen Arbeitslosenversicherung besteht der Rechtsgrundsatz, daß die Unterstützung dem

Arbeitslosen allein zusteht. Keine andere Person oder Behörde hat das Recht, darüber zu verfügen, zu beschlagnahmen usw. Der § 111 des Gesetzes bestimmt vielmehr ausdrücklich, daß die Arbeitslosenunterstützung u n p f a n d b a r ist. Sie ist sogar (im Gegensatz zu Krankengeld) unpfändbar bei rückständigen Unterhaltsbeiträgen, Alimenten usw. Eine Ausnahme von dieser Grundregel besteht nur in der Form, daß das Fürsorgeamt einen Arbeitslosen, der aus irgend einem Grunde vorläufig keine Unterstützung erhält, betreten muß. Erhält dann der Arbeitslose die Unterstützung nachgehabt, so muß das Fürsorgeamt von dieser Nachzahlung dem Fürsorgeamt seine Aufwendungen erstatten. Eigentümlich wird auch hier die Unternehmung von keiner anderen Seite in Anspruch genommen, denn es ist ja vorher dem Arbeitslosen vom Fürsorgeamt ausbezahlt worden. Es ist hier also nur eine vorläufige Verleihung des Leistungsanspruches eingetreten. In der Begründung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes heißt es ausdrücklich, daß die Unterstützung dem Arbeitslosen allein zusteht und ihm zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse dienen soll.

Von dieser Grundregel hat nun die oben erwähnte Notverordnung eine Ausnahme zugelassen, also das Grundprinzip des Gesetzes durchbrochen. Die neue Vorschrift lautet:

„Soweit in besonderen Fällen dazu Anlaß besteht, kann der Vorstehende des Arbeitsamtes anordnen, daß ein angemessener Teil der Arbeitslosenunterstützung zur Begleichung des Mietzinses für die Wohnung des Arbeitslosen an den Vermieter ausbezahlt wird.“

Die Auswirkungen dieser Neuerung sind noch gar nicht abzusehen. Dem Arbeitslosen wird ein Teil der Verfügung über einen Teil seiner Unterstützung entzogen. Ob er mit dem Rest der bereits mehrfach gekürzten Unterstützung auch nur den notwendigen Lebensunterhalt bestreiten kann, danach wird überhaupt nicht gefragt. In der Praxis wird die Anwendung der neuen Vorschrift so vor sich gehen, daß der Hauswirt beim Arbeitsamt die Auszahlung eines Unterstützungsteiles an seine Person beantragen kann. Der Vorstehende des Arbeitsamtes kann dann, „soweit in besonderen Fällen dazu Anlaß besteht“, dem Antrag stattgeben und anordnen, daß der Hauswirt einen Teil der Unterstützung erhält. Dem Vorstehenden des Arbeitsamtes ist hierdurch seine an und für sich nicht geringe Nachbefugnis erheblich erweitert worden. Allerdings heißt es im Gesetz „soweit in besonderen Fällen dazu Anlaß besteht“. Was hierunter zu verstehen ist, ist ganz in das Ermessen des Vorstehenden gestellt. So mancher Vorstehende, dessen soziale Einstellung zweifelhaft ist, wird dem Drängen der Hausbesitzer nachgeben. Er wird dem Antrag dann stattgeben, wenn der Arbeitslose mit der Zahlung der Miete im Rückstand ist.

Ist die Neuerung an und für sich schon bedauerlich genug, so kann ihre ganze Tragweite heute noch gar nicht übersehen werden. Ist einmal das Prinzip durchbrochen, daß der Arbeitslose nur selbst über seine Unterstützung verfügen darf, so kann dieser Weg leicht weiter beschritten werden. Wer gibt Gewähr dafür, daß eine spätere Notverordnung nicht jedem Krämer und Händler dieselben Rechte gibt, daß also jeder, der eine Forderung an den Arbeitslosen hat, die Unterstützung beschlagnahmen lassen kann? Der Arbeitslose kann ruhig zum Teufel gehen, wenn nur Hausbesitzer und Krämer leben können!

In jedem einzelnen Falle muß der Arbeitslose gegen Beschlagnahme eines Unterstützungsteiles wegen rückständiger Miete Beschwerde erheben.

Die Höhe der Krankengeldbeiträge.

Durch Notverordnung ist bekanntlich grundsätzlich in der Krankenversicherung die Erhebung einer sogenannten Krankengeldgebühr vorgeschrieben. Die Bestimmung in der Reichsversicherungsordnung lautet: „Für die Krankengeldbeiträge hat der Versicherte einen Krankengeldzins zu leisten. Die Gebühr dafür beträgt 50 Reichspfennig. Die Zahlung der Kasse kann die Gebühr für Versicherte mit einem Grundlohn von nicht mehr als 4 Reichsmark bis auf die Hälfte ermäßigen und für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7 Reichsmark um die Hälfte erhöhen. Die Zahlung kann ferner bei gleichzeitiger und gleichartiger Erkrankung mehrerer Familienmitglieder die Gebühr für den einzelnen Krankengeldzins auf 25 Reichspfennig festsetzen. Für denselben Versicherungsfall ist die Gebühr nur einmal zu entrichten.“ Es ist hier also nicht nur die Einführung der Gebühr zwangsweise vorgeschrieben, sondern auch ihre Höhe ist angegeben. Sie beträgt grundsätzlich 50 \mathcal{P} je Gehalt. Die Festlegung einer anderen Gebühr ist nur durch Beschlüsse der Kassenorgane (Vorstand und Ausschuß) möglich. Eine Änderung der Krankengeldgebühr durch die Kassenorgane ist in zweierlei Art möglich. Einmal kann die Gebühr für Versicherte mit einem niedrigen Grundlohn bis auf die Hälfte ermäßigt werden und die Gebühr für Versicherte mit höherem Verdienst (solche in höheren Klassen) um die Hälfte der Grundgebühr erhöht werden. Macht eine Kasse von dieser Ermäßigung Gebrauch, so beträgt die Gebühr für die Versicherten in den niedrigsten Klassen 25 \mathcal{P} und für die in den hohen Klassen 7 \mathcal{P} . Soweit ist die Rechtslage ziemlich klar. Zweifel bestehen nur in der Frage, ob eine Kasse, die die Krankengeldgebühr für Versicherte in niedrigen Klassen ermäßigt, gleichzeitig auch die Gebühr für die anderen Versicherten erhöhen muß. Der Streit geht also dahin, ob eine Ermäßigung auf der einen Seite gleichzeitig eine Erhöhung auf der anderen Seite bedingt. Die Mehrzahl der Kassen bejaht diese Frage. Sie haben daraufhin — falls sie überhaupt zu diesem Recht Gebrauch gemacht haben — für Versicherte in niedrigen Stufen die Gebühr auf 25 \mathcal{P} ermäßigt und für die Versicherten in hohen Klassen auf 7 \mathcal{P} erhöht. Andere Kassen wiederum stehen auf dem Standpunkt, daß eine Ermäßigung der Gebühr nicht gleichzeitig auf der anderen Seite eine Erhöhung bedinge. Durch eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 11. März 1931 ist Klarheit in dieser Streitfrage geschaffen. Es heißt in dieser Entscheidung: „Die Zahlung einer Krankenkasse kann die Krankengeldgebühr für Versicherte mit einem Grundlohn von nicht mehr als 4 \mathcal{M} bis auf die Hälfte ermäßigen, ohne sie gleichzeitig für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7 \mathcal{M} zu erhöhen. Diese Entscheidung bedarf wohl keiner weiteren Besprechung. Die zweite Art der Ermäßigung der Gebühr ist ebenfalls in das Belieben der Kasse gestellt. Nach ihr kann die Kasse bei gleichzeitiger und gleichartiger Erkrankung mehrerer Angehöriger der Versicherten die Gebühr für jeden Gehalt auf 25 \mathcal{P} ermäßigen. Diese Möglichkeit besteht aber nur für die versicherungsfreien Angehörigen des Versicherten und weiter nur dann, wenn mehrere von ihnen gleichzeitig an derselben Krankheit erkranken.“

Aus den Baugewerkschaften

Essen. In Altessen wird für die katholische Kirchengemeinde ein Gotteshaus gebaut. Diesen Neubau führt das Baugeschäft Schleich aus. Die Firma ist gezwungen, an der Baustelle nur christlich organisierte Leute einzustellen. Ein Mitglied des Deutschen Baugewerksbundes, ein Maurer, der katholisch ist, seine katholische Kirchensteuer bezahlt und an der Baustelle beschäftigt war, mußte von der Arbeitstelle weggenommen werden, weil er nicht im christlichen Bauarbeiterverband ist. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften war auf der Baustelle und fragte ihn, in welcher Organisation er sei; nach ein paar Tagen mußte dann der katholische Maurer die Arbeit an dem katholischen Gotteshaus einstellen, weil der Vertreter der christlichen Gewerkschaften dies verlangt hatte. Wie sagte doch der Baugewerkschafter, als er der Händler und Schachere aus dem Tempel trieb? „Mein Haus ist ein Gotteshaus.“ Man sollte meinen, daß der moralische Zustand einer sich christlich nennenden Organisation nicht zu den Händen und Schachereien gehen sollte. Die Steuern in Preußen werden nicht nur von christlichen Gewerkschaften aufgebracht, sondern zu weit größerem Teil von freien Gewerkschaften. Außerdem heißt es in der Schrift: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Man sollte annehmen, daß auch ein christlicher Gewerkschaftsführer so handeln müßte, zumal wenn ein katholischer, freier Gewerkschafter an einer katholischen Kirche beschäftigt ist. Aber ein solcher scheinheiliger Lertor ist alles andere denn Christentum!

Hamburg. (S p a l t p i l z e a l l e r A r t.) Auch bei uns wird die große Erwerbslosigkeit im Baugewerbe von gewinnlosen Leuten ausgenutzt, um unsere leistungsfähige Organisation zu schwächen. Von den Kommunisten sind wir dies bereits gemerkt. Sie nahmen die Frühjahrslohnbewegung zur Veranlassung, auch in Hamburg ihre Spaltzettel zu veröffentlichen. In der ersten Art wurden der Deutsche Baugewerksbund und seine Funktionen für die schlechte Lage im Baugewerbe verantwortlich gemacht und heruntergerissen. Die auf den Arbeitslosen gemachten in großer Zahl versammelten Bauarbeiter wurden planmäßig mit Südschriften überhäuft und durch RGO-Sprecher zum Eintritt in deren Pseudogewerkschaft aufgefordert. Auch die Kaiserleute ließen durch besondere Beauftragte ein gebälliges Flugblatt los, das auf den Arbeitslosen und den Baustellen verteilt wurde. Nun haben sich zu diesem Zwecke der Spaltzettel auch noch die Christen geföhrt. Wöher gab es in Hamburg keinen christlichen Bauarbeiterverband. Die wenigen Mitglieder dieser Organisation wurden von der Geschäftsstelle der christlichen Gewerkschaft in Hamburg mit betreut. Jetzt beobachten wir aber von dort aus eine planmäßige Agitation unter den Erwerbslosen, um sie zum Übertritt in den christlichen Bauarbeiterverband zu bewegen. Der Träger und Platzenanführer August Diebel, der im vorigen Jahre wegen einer falschbildigen Handlung zur Rechenschaft gezogen wurde, sieht aus unserem Bund freiwillig aus, um einer Bestrafung auf Grund unserer Satzung zu entgehen. Jetzt befaßt er sich als Werber für die Christen. Er verpricht den erwerbslosen Plattenanlegern Arbeit, falls sie zum christlichen Bauarbeiterverband überbetreten würden. In einem Fall, dem des Plattenanlegers Marthein aus Blankenese, stellen wir fest, daß der Nachweis für das Baugewerbe eine namentliche Anforderung des Marthein der Firma Wölschburger Plattenleger abholen mußte und sich nun Nöblig der Geschäftsleiter der christlichen Gewerkschaft, Klein, für diesen Fall interessierte. Klein gab vor, er sei Mitglied des Verwaltungsausschusses für das Landesarbeitsamt Nordmark und verlange die Vermittlung des Marthein nach der anfordern den Firma. Dies hatte der Nachweis abgelehnt. Auch unter den erwerbslosen Maurern wird mit gleichen Mitteln für den Übertritt zum christlichen Baugewerbe gearbeitet. Die Arbeiter-Brüder Ernst aus Altona, Gustav Schlegel, sechs Jahre lang in Hamburg, wurden von diesen Werbern in ihrer Wohnung aufgesucht. Man verpricht ihnen Arbeit, sie müßten jedoch zum christlichen Verband überbetreten. Die Kollegen sollen dem auch nachkommen sein; sie sollen in Hamburg an Bauten, die mit öffentlichen Mitteln bezuschußt werden, durch den christlichen Verband untergebracht worden sein. An unseren Mitgliedern wird es liegen, ein wachsame Auge auf diese Spaltzettel zu haben. Es gilt festzustellen, wer die Hintermänner dieser Spaltungsbauarbeit sind und welche Unternehmer oder deren Beauftragte solche Treibereien begünstigen. Aufgabe der Kontrolle des Arbeitsamtes wird es sein müssen, in dieser schweren Zeit für die genaueste Durchführung der Satzungsverordnung zu sorgen und darauf zu achten, daß eine ordnungsgemäße Vermittlung, wie sie der Tarifvertrag für das Baugewerbe und die Satzungsverordnung vorschreiben, in jedem Falle durchgeführt wird.

Kassel. (E m i l W i e b a c h †.) Am 10. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Kassierer Emil Wiebach, im Alter von 61 Jahren an einem schweren Magenleiden. Er war Mitbegründer des Zentralverbandes der Erd- und Bauhilfsarbeiter und seit 1905 Angehöriger in unserer Bauarbeiterbewegung. Seiner unermüdeten Arbeit, seiner vorbildlichen Treue und seiner unerschütterlichen Energie hat die Bauarbeiterbewegung der Baugewerkschaft Kassel sehr viel zu verdanken. Wie beliebt Emil Wiebach war, davon leidet die große Beweislage bei seiner Einäscherung Zeugnis ab. Da waren neben einer stattlichen Zahl von jüngeren und älteren Bauarbeitern auch die alten Kampfgemeinschaften aus der übrigen Gewerkschaftsbewegung erschienen; auch ihnen war der Verstorbene stets ein treuer Freund und Berater. Und auch seine politischen Freunde, mit denen er in seiner Eigenschaft als Stadtdirektor für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung gewirkt hatte, ehrten ebenfalls zahlreich seine letzte Fahrt. In ergründeten Worten schilderten und ehrten August Stamps für den Deutschen Baugewerksbund, Valentin Traudt für die SPD, und den Wölsch, Söfacher für die Stadtdirektorenversammlung das Leben und Wirken des tapferen Kämpfers. Alle Redner sollten ihm dafür Dank auch über den Tod hinaus. — Emil Wiebach ist von uns geschieden. Auch an dieser Stelle sei ihm gedankt für seine aufopferungsvolle Tätigkeit im Interesse der Bauarbeiter. Die von ihm geleitete Kasse ist nicht nur aufgabenreich, sie hat hundertfältige Frucht getragen. Ehre dem Andenken dieses wackeren Kämpfers!
 Krenauand. (W e r t h u l l e b e r a c h k l a n g e v o m S t r e i k.) Kürzlich wurde hier von dem Schöffengericht gegen unsere Kollegen Fr. Huber, Weiß, Wilker, Zullius,

